

»Wir müssen eine kritische Masse bilden«

Krisenfolgen in Italien und anderen Ländern der EU erfordern stärkere Vernetzung der Gewerkschaften. Gespräch mit Fabio Ghelfi
Wolfgang Pomrehn

Fabio Ghelfi ist bei Italiens linkem Gewerkschaftsdachverband CGIL in der Region Lombardei verantwortlich für internationale Zusammenarbeit. Er gehörte zu den Teilnehmern des Europäischen Sozialforums am Wochenende in Istanbul

Wie wirkt sich die aktuelle Krise in Ihrer norditalienischen Region aus?

Die Lombardei ist die führende Industrieregion des Landes. Entsprechend waren wir die ersten, die die Krise zu spüren bekamen. Es gab viele Entlassungen und Betriebschließungen. Viele Betriebe sind geschrumpft, die Lage ist für die Arbeiter sehr kritisch. In ganz Italien hat sich im letzten Jahr die Summe des ausgezahlten Arbeitslosengeldes verdreifacht, was zeigt, wie stark die Erwerbslosigkeit angestiegen ist.

Schon vor der aktuellen Krise war die Situation in der Lombardei vermutlich nicht einfach.

Richtig. In den 1990ern hat es eine große Veränderung der ökonomischen Strukturen gegeben. Die Bedeutung der industriellen Produktion ging erheblich zurück, die Beschäftigung in den großen Fabriken in Mailand nahm ab, während der Dienstleistungssektor immer wichtiger wurde. Doch dort sind die Tarifverträge meistens schlechter, und viele der Arbeitsplätze sind prekär. Und mit der jetzigen Krise haben wir das Problem, daß viele dieser Prekären keinen Schutz durch die Sozialsysteme mehr haben, wenn sie arbeitslos werden.

Welchen Einfluß haben die Unterschiede zwischen den EU-Ländern auf die Arbeitsbedingungen und Löhne in Norditalien?

Nennenswerte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt gibt es nicht, wie man vielleicht meinen könnte. Migranten aus Südosteuropa spielen keine große Rolle. Aber das Beispiel Fiat zeigt, wie Lohndumping heutzutage in der EU funktioniert. Der Autokonzern spielt polnische und italienische Standorte gegeneinander aus. In einem Werk in Süditalien versucht Fiat, eine neue Betriebsvereinbarung durchzusetzen, die viele grundlegende Rechte untergräbt. Wenn die Beschäftigten diesen Vertrag nicht akzeptierten, werde man die Produktion eines Modells von Polen nach Italien verlagern, drohte der Konzern.

In Deutschland sind in den letzten Jahren die Reallöhne gesunken. Hat das Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen in Italien?

Das ist nicht einfach abzuschätzen. Unsere Löhne gehören ohnehin zu den niedrigsten in den alten EU-Mitgliedsstaaten. Ich denke, unser größtes Problem ist, daß die Löhne in den letzten 20 Jahren kaum gestiegen sind. Das liegt an den gesetzlichen Beschränkungen zur Eindämmung der Inflation. Schon vor der Krise hatten schon viele regulär Beschäftigte nicht genug Geld für ein anständiges Leben. Entsprechend ging es den prekär Beschäftigten noch schlechter. Und dann gibt es auch viele illegal Beschäftigte, deren Lage noch miserabler ist.

Der niedrige Lebensstandard der Arbeiter ist in Italien inzwischen wirklich ein Problem, aber die Ursache sehe ich nicht hauptsächlich in der Konkurrenz zwischen den EU-Ländern. Eine andere Sache ist natürlich, daß die EU und ihre Verordnungen immer wieder als Vorwand für allerlei Angriffe auf die Arbeiter genommen wird. Zum Beispiel wenn es heißt, für den öffentlichen Dienst dürfe wegen Vorgaben aus Brüssel nicht mehr Geld ausgegeben werden. Das bedeutet natürlich automatisch, daß es für die Beschäftigten keine Lohnerhöhungen gibt.

Heißt das nicht, daß die Gewerkschaften innerhalb der EU mehr zusammenarbeiten sollten?

Ja, sicherlich. Wir haben den Europäischen Gewerkschaftsbund, aber das reicht nicht. Wir brauchen eine europäische Gewerkschaftsbewegung, in der sich zum Beispiel Leute wie hier auf dem Sozialforum zusammensetzen und gemeinsame Projekte diskutieren. Wir haben eine solche Zusammenarbeit schon seit 20 Jahren zwischen Katalonien, Baden-Württemberg und der Lombardei.

Wir haben gemeinsame Probleme und müssen zusammen für eine Lösung kämpfen. Ich liebe die Idee der Europäischen Union, aber wir müssen klar sehen, daß es Interessenkonflikte gibt. Klassenkampf, wenn Sie so wollen. Es gibt auf der einen Seite die Unternehmen und die multinationalen Konzerne und auf der anderen die Beschäftigten. Für uns ist es daher wichtig, eine kritische Masse der Arbeiter in Europa zu bilden. Am 29. September wird es zum Beispiel eine große EU-weite Demonstration der Gewerkschaften in Brüssel geben. Das könnte ein Anfang sein.